

ISRAEL-KREDIT

Zwei im Hotel

Bei einem Glas Orangensaft im New Yorker Hotel „Waldorf Astoria“ versprach Konrad Adenauer am 14. März 1960 dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion einen Zwei-Milliarden-Kredit. Einzelheiten, etwa ein Darlehensvertrag mit Angaben von Zinsfuß, Laufzeit und Zweck des Kredits, interessierten den damaligen Kanzler nicht. Nach 90 Minuten schieden die Herren ohne weitere Detailsprachen mit einem Händedruck und der gegenseitigen Versicherung, die Sache geheimzuhalten.

Von 1963 bis 1965 zahlte die Bundesrepublik in drei Raten insgeheim und insgesamt 475 Millionen Mark der Darlehenssumme an Israel aus. Ein Vertrag bestand immer noch nicht.

Am 27. April dieses Jahres, während nahezu ein Viertel des Kredits bereits ausgezahlt ist, sollen nunmehr eine deutsche und eine israelische Delegation Adenauers Astoria-Kredit vertraglich einsegnen.

Bislang hat Westdeutschland etwa 20 Milliarden Mark für individuelle und kollektive Wiedergutmachung an Israel sowie vom Hitler-Regime verfolgte Juden gezahlt. Insgesamt werden die Zuwendungen gut 32 Milliarden Mark erreichen. Von dieser Summe entfallen auf

- ▷ das Wiedergutmachungsabkommen 3,45 Milliarden Mark,
- ▷ Leistungen aus dem Bundesrückerstattungsgesetz für verlorene Vermögenswerte 3,4 Milliarden Mark,
- ▷ individuelle Wiedergutmachungsleistungen für Nazi-Verbrechen 23,5 Milliarden Mark und
- ▷ Waffenlieferungen 240 Millionen Mark sowie Barentschädigungen für die nach arabischen Protesten eingestellten Waffenverkäufe.

Der neue Kredit soll an jene Zahlungen nach dem Wiedergutmachungsabkommen anschließen, das am 31. März dieses Jahres auslief. Insgesamt lieferte die Bundesrepublik seit dem 10. September 1952 für 3,45 Milliarden Mark unentgeltlich Waren und Dienstleistungen nach Israel, darunter 59 Schiffe mit 450 000 Tonnen, ferner Ausrüstungen für eine Kupferhütte, eine Roheisenanlage, Pumpstationen zur Bewässerung der Wüste Negev sowie fünf Kraftwerke. 1,05 Milliarden Mark zahlte die Bundesrepublik für Öllieferungen der Briten an Israel.

Trotzdem gerieten die Israelis im Laufe der vergangenen Jahre in finanzielle Schwierigkeiten. Während die Bundesregierung die Wiedergutmachungszahlungen in jährlichen Raten bis zum 31. März 1966 leistete, hatte Israel bereits bis 1960 den gesamten im Abkommen vorgesehenen Betrag für Einkäufe in Westdeutschland ausgegeben. Den zeitlichen Abstand von Waren- und Geldzugang mußten die Israelis durch Bankkredite überbrücken, und die aus Bonn eingehenden Gelder dienten seit 1960 zur Tilgung der Zwischenkredite.

Um freie Hand für neue Einkäufe zu gewinnen, hatte sich die israelische Regierung schon frühzeitig um einen

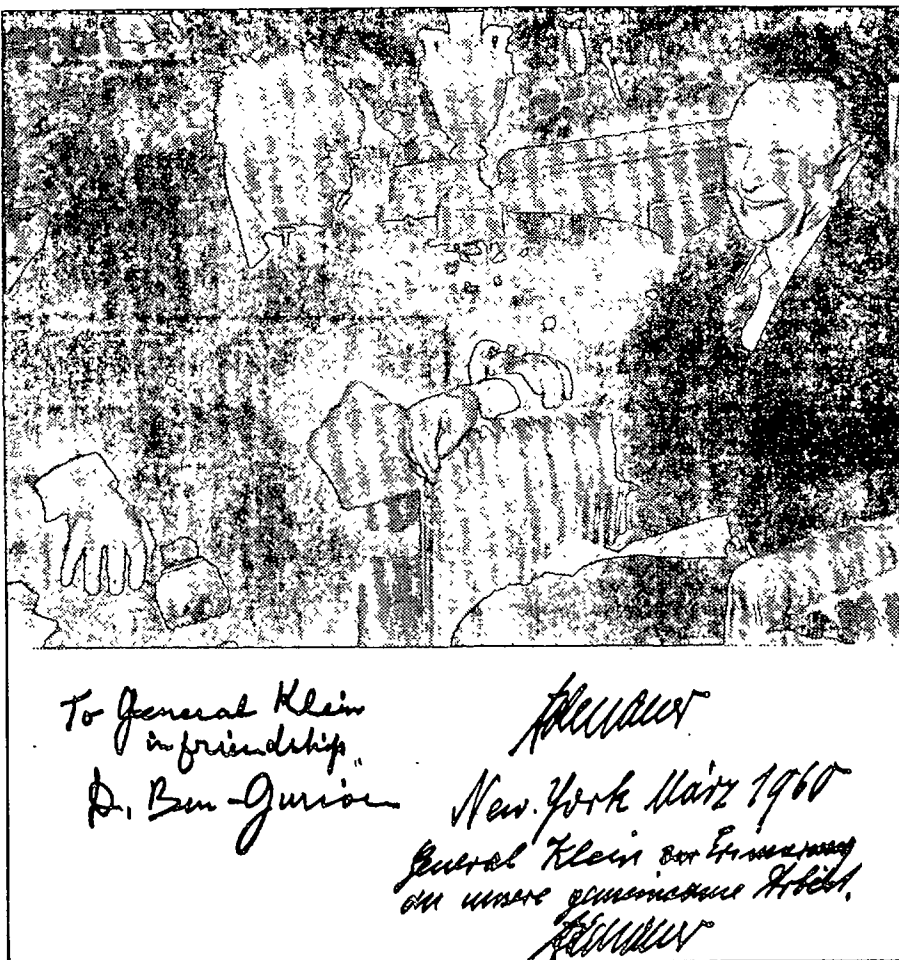
größeren Entwicklungskredit bemüht. Zunächst hatte Ben-Gurion beabsichtigt, von Adenauer einen zehnjährigen Kredit über eine Milliarde Mark zu fordern. Mehr, so glaubten Israels Diplomaten 1960, sei nicht herauszuholen.

Als aber im März 1960 Konrad Adenauer und Ben-Gurion gleichzeitig in den USA zu tun hatten und im selben Hotel abgestiegen waren, half den Israelis der Zufall. Hakenkreuz-Schmierereien in Westdeutschland hatten die US-Öffentlichkeit in Unruhe versetzt und Zweifel am künftigen Wohlverhalten der Deutschen aufkeimen lassen.

Sofort habe Ben-Gurion, so schrieb unlängst das israelische Blatt „Haa-

Jahrelang dementierte Bonn die Vereinbarung energisch. Lediglich der damalige Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses im Bundestag Alfred Frenzel — der SPD-Abgeordnete wurde später als tschechischer Spion entlarvt und sitzt heute im Zuchthaus Straubing — offenbarte Bonner Korrespondenten, die Meldungen über die Kreditzusage seien korrekt. Die offizielle Bekanntgabe aber, so Frenzel damals, müsse noch hinausgezögert werden, da zunächst die arabischen Widersacher Israels „psychologisch vorbereitet“ werden müßten.

Konrad Adenauer hat sich bis heute nicht zu seiner Zusage bekannt. Kurz-



Freunde Ben-Gurion, Adenauer im „Waldorf Astoria“*: Heimliches Versprechen

retz“, „die besondere Atmosphäre um den Besuch des Kanzlers“ in Washington erkannt. Ben-Gurions politischer Berater Navon riet ihm, Adenauer im New Yorker Hotel „Waldorf Astoria“ aufzusuchen und diese Prestigehilfe mit einer Plauderei über künftige Wirtschaftshilfe zu verbinden. Den Kontakt zwischen den beiden Staatsmännern stellte der US-General Julius Klein her, der als Chef einer Public-Relations-Firma beiden freundschaftlich verbunden war.

Eine Milliarde dünkete die Equipe des Ministerpräsidenten nun freilich zu wenig. Dr. Felix Elieser Schinnar, damals Leiter der Israel-Mission in Köln und Kenner der Bonner Mentalität, empfahl seinem Ministerpräsidenten, von Adenauer vier Milliarden zu fordern. Am Kamin des Hotels einigten sich die beiden alten Herren schließlich auf zwei Milliarden.

lich belehrte er einen israelischen Journalisten, der ihn nach dem Kredit fragte: „Ich meine, man sollte das jetzt nicht bringen.“

Als im Februar in Bonn die ersten Verhandlungen über Adenauers Astoria-Milliarden begannen, stellten die Israelis eine Bedingung: Die Bundesregierung solle die Routine-Forderung, nach der Entwicklungsgelder nur für zuvor von Bonn genehmigte Projekte und unter ständiger deutscher Überwachung ausgegeben werden dürfen, fallenlassen.

Kanzler Erhard fürchtet indes, wenn Bonn von der Routine abweiche, werde das gesamte System der deutschen Entwicklungshilfe zusammenbrechen. Vor allem argwöhnen Bonns Entwicklungsexperten, daß die Araber dann ebenfalls den Verzicht auf westdeutsche Kreditüberwachung verlangen. Andererseits erwarten die Israelis innenpolitischen

* Erinnerungsphoto mit Widmungen für General Julius Klein.

Ärger, sollte Bonn seine Kontrolleure ins Land schicken.

Prominentester Fürsprecher Jerusalems ist Kredit-Urheber Konrad Adenauer. Wie von ungefähr lud ihn Israels Regierung genau für jene Tage zu Besuch, da in Bonn um den Zwei-Milliarden-Kredit gehäkelt werden soll. Adenauer: „Die Sache darf nicht scheitern.“

BUNDESWEHR-STÜTZPUNKT

Bedingt einsatzfähig

Jeden Tag tickt aus dem Fernschreiber der Deutschen Botschaft in Madrid eine Nachricht des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn: Empfänger ist der deutsche Militärattaché.

In ihrem FS avisiert die Luftwaffe jeweils eine deutsche Militärmaschine, die spanisches Territorium zu überfliegen wünscht. Hassels Mann in Madrid absolviert dann eine Routineübung: Er verständigt das spanische Verteidigungsministerium, erhält postwendend die Genehmigung und informiert Bonn.

Auch in Paris wird der deutsche Militärattaché unterrichtet. Eine französische Genehmigung braucht er jedoch nicht einzuholen, da für die Transitflüge nach Portugal eine Global-Erlaubnis der Franzosen vorliegt. Es genügt die Anmeldung bei den Luftkontrollzentralen.

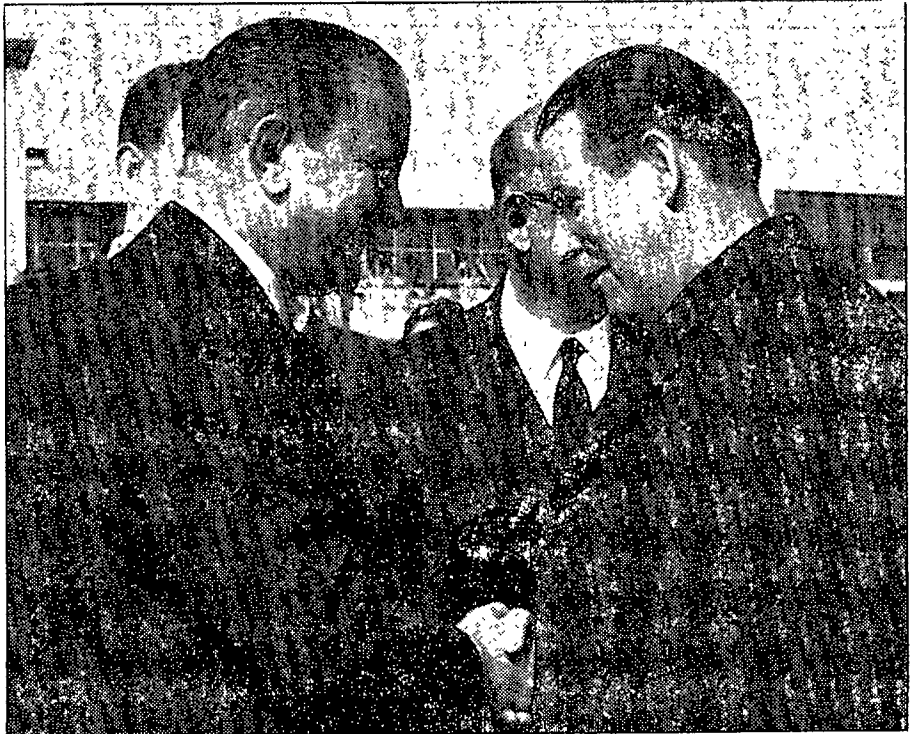
Wenig später hebt, auf einem westdeutschen Fliegerhorst eine Maschine mit dem Eisernen Kreuz ab und nimmt via Frankreich und Spanien Kurs auf Portugal.

Dort, in Europas Südwestecke, 150 Kilometer südöstlich von Lissabon, entsteht der größte Auslandsstützpunkt der Bundeswehr, die Luftwaffenbasis Beja. Mit einem Kostenaufwand von etwa 130 Millionen Mark soll unter Befehl von Brigadegeneral Peter von Lilienstield, 51, bis 1968 ein Ausbildungs- und Instandsetzungs-Zentrum für die wichtigsten Flugzeugtypen der Bundeswehr aus dem Boden gestampft werden für den Mehrzweck-Starfighter „F-104 G“, das leichte Erdkampfflugzeug „Fiat G 91“ und die Transporter „Transall“ und „Noratlas“.

Nach Fertigstellung werden etwa 1500 deutsche Soldaten und Beamte in und um Beja arbeiten, auf dem Flughafen, in den Werkstätten, Depots, Fernmeldezentralen und Sanitätslagern. Ihre etwa 3500 Angehörigen ziehen in ein geschlossenes Teutonen-Getto ein mit Schulen und Krankenhaus.

Der Sprung auf die Iberische Halbinsel ist der Bundesregierung erst beim zweiten Anlauf gelungen. Bereits im Februar 1960 hatte der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß den Brigade-General Schnez in geheimer Mission nach Spanien entsandt. Der General sollte sich hinter dem Rücken der Nato über die Möglichkeit spanischer Rüstungslieferungen für die Bundeswehr und über die Anlage von deutschen Militär-Depots in Spanien orientieren.

Die „New York Times“ bekam Wind von dem Generals-Spähtrupp und enthüllte den geplanten Bonner Ausbruch auf das Gebiet des Nicht-Nato-Mitglieds



Außenminister Castiella, Schröder: Sicher vor Feinden, von Freunden bedroht

Spanien. In einer weltumspülenden anti-deutschen Zornkampagne ging das Projekt der Waffenbrüder aus dem spanischen Bürgerkrieg unter.

Die Bundeswehr steuerte weiter westwärts und fand beim Nato-Partner Portugal Ersatz. Im nebelfreien Sonnenklima des Landes können die Piloten der Luftwaffe navigieren lernen und über wenig besiedelten Landstrichen Tiefflug üben; im Westen dehnt sich der Atlantik ohne Hoheitsgrenzen.

Der Stützpunkt genießt schließlich auch einen strategischen Vorzug: Er ist sowjetischen Einwirkungen weitgehend entzogen. Portugal liegt außerhalb der 3000 Kilometer Reichweite von Mittelstreckenraketen in Rußland.

Gegen den Feind abgeschirmt, droht diesem deutschen Militär-Paradies Beja nun jedoch die Isolierung durch Freundeshand. Spanien will sein Territorium künftig nicht mehr ohne wei-

teres von allen Nato-Maschinen überfliegen lassen.

Nato-Flugzeugen auf dem Weg nach Gibraltar — mit Ausnahme britischer Maschinen — ist das Überqueren Spaniens bereits untersagt. US-Atombomber dürfen nach dem Absturz von Palomares am 17. Januar gleichfalls nicht mehr spanisches Land überfliegen. Und vorletzte Woche, bei seinem Besuch in Madrid, erhielt auch Bundesaußenminister Gerhard Schröder einen deutlichen Wink.

Auf einem Festbankett zu Ehren der Deutschen warnte Francos Außenminister Castiella, kein europäisches Land könne künftig aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Nato von Spanien Dienstleistungen oder militärische Erleichterungen verlangen, die über die vertraglichen Verpflichtungen Madrids hinausgingen.

Die bisherige Kavaliers-Praxis, deutsche Überflieger unter der Hand ins Land zu lassen, scheint damit gekündigt. Über einen neuen Modus wird Bonn bald verhandeln müssen, vor allem wenn der Verkehr nach Beja mit steigender Belegung der Basis zunimmt.

Eine Einnigung mit Spanien allein genügt aber nicht, um die drohende Isolierung Bejas abzuwenden. Schon tat sich vor dem Franco-Reich eine neue Grenzbarriere auf: Frankreich.

In einem Fernseh-Interview in der vorletzten Woche verkündete General de Gaulles Ministerpräsident Pompidou, nach der Lösung aus dem integrierten Nato-Kommando könne sich Frankreich unter Umständen aus einem

